

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hansjörg Müller, Steffen Kotré, Enrico Komning,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/29214 –**

Nationale Reserven für kritische Materialien, wie Seltene Erden, anlegen

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, dem Bundestag eine jährlich zu überarbeitende Wirtschaftsstrategie vorzulegen, in der Importabhängigkeiten und Rohstoffbedarfe dargelegt und bewertet werden, dem Bundestag einen Bericht zum jährlichen Bedarf der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland an Rohstoffen und kritischen Vorprodukten mit Fokus auf die Elemente Seltener Erden und sonstiger kritischer Materialien und einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher sowohl eine Bevorratung in Höhe von mindestens einem Jahresbedarf der deutschen Wirtschaft an diesen Materialien sicherstellt als auch die Modalitäten der regulären Geschäftstätigkeit, des Notverkaufs dieser Reserve sowie der finanziellen Mittelversorgung des damit beauftragten Unternehmens in einer geeigneten Zusammensetzung öffentlicher und privatwirtschaftlicher Anreize und Mechanismen regelt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/29214 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Dieter Janecek
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dieter Janeczek

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/29214** wurde in der 233. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Juni 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD schickt voraus, die deutsche Wirtschaft habe ihre Stärke in der Produktion von hochwertigen Endprodukten. Hieraus ergebe sich ein Bedarf an Vorprodukten im Sinne einer Lieferkette. Ausgangspunkte von Lieferketten seien Vorprodukte, aber auch Rohstoffe. Die deutsche Wirtschaft sei darauf angewiesen, dass Lieferketten, die zu ihren Endprodukten hinführten, krisenfest seien und nicht unterbrochen würden. Entsprechend gehöre dazu auch ein nationales Vorsorgekonzept für schwer zu substituierende Rohstoffe.

Aus diesen und weiteren Gründen wird die Bundesregierung aufgefordert:

1. dem Bundestag eine jährlich zu überarbeitende Wirtschaftsstrategie vorzulegen, in der Importabhängigkeiten und Rohstoffbedarfe dargelegt und bewertet werden;
2. dem Bundestag einen Bericht zum jährlichen Bedarf der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland an Rohstoffen und kritischen Vorprodukten mit Fokus auf die Elemente Seltener Erden und sonstiger kritischer Materialien, z. B. der Platinmetalle (Ruthenium, Rhodium, Palladium, Osmium, Iridium und Platin), vorzulegen. Dieser Bericht soll auch aufzeigen, wie die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit den kritischen Materialien im Sinne dieses Antrags sichergestellt werden soll;
3. einen Gesetzentwurf vorzubereiten, welcher sowohl eine Bevorratung in Höhe von mindestens einem Jahresbedarf der deutschen Wirtschaft an diesen Materialien sicherstellt als auch die Modalitäten der regulären Geschäftstätigkeit, des Notverkaufs dieser Reserve sowie der finanziellen Mittelversorgung des damit beauftragten Unternehmens in einer geeigneten Zusammensetzung öffentlicher und privatwirtschaftlicher Anreize und Mechanismen regelt. Hierfür soll ein Gesamtbudget in Höhe von ca. 200 Mio. Euro gebildet werden, welches innerhalb von vier Jahren für den Ankauf und die Bevorratung kritischer Materialien eingesetzt werden kann.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/29214 in seiner 84. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/29214 in seiner 107. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/29214 in seiner 124. Sitzung am 23. Juni 2021 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/29214 zu empfehlen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Dieter Janecek
Berichtersteller